

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2012 und 2013****Lebensarbeitszeit Justiz**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.04	Justizvollzug
Produktgruppe:	11.04.01	Justizvollzugsanstalt Bremen

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2012 von 14 317 T€ um 525 T€ auf 14 842 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2013 von 14 253 T€ um 455 T€ auf 14 708 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0120	Justizvollzugsanstalt Bremen
Titel:	422 01-4	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird für das Jahr 2012 von 9 846 610 € um 525 000 € auf 10 371 610 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2013 von 9 873 330 € um 455 000 € auf 10 328 330 € erhöht.

Erläuterung

Als Ersatz für die Durchführung der PEP-Quote hat sich das Justizressort entschieden, die Lebensarbeitszeit der Justizvollzugsbeamten zu verlängern. Die eingestellten Mittelerhöhungen machen diese Lebensarbeitszeitverlängerung überflüssig.

Die Gegenfinanzierung soll über die Erhöhung des Anschlags „Gewinne aus Beteiligungen an Hafenbetrieben“ erfolgen.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE